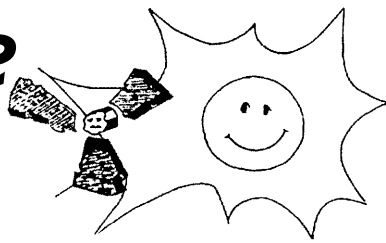


Atomkraftfreie Zukunft



P.b.b.

1/2017 April

Atomenergie und Atomwaffen

Zwei Seiten einer Medaille

Warum klammern sich eigentlich viele Länder in Europa noch immer an die Energieproduktion durch veraltete, überaus gefährliche Atomreaktoren? Die Antwort liegt auf der Hand: Die zivile und militärische Nutzung von Atomkraft liegen sehr nahe beieinander. Aus den „Abfallprodukten“ aus den Atomreaktoren lässt sich atomwaffenfähiges Material herstellen. Deshalb wollen die Mächtigen an dieser Technologie festhalten.

Doch was tut sich weltweit? Im Oktober 2016 stimmte in New York eine große Mehrheit des Sicherheitsrats der UN-Generalversammlung für Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot noch im Jahr 2017. Dies wäre als durchaus positives Zeichen zu werten. Jedoch der US-amerikanische Präsident Donald Trump und der russische Präsident Vladimir Putin schickten einander schon atomare Drohgebärden via soziale Medien. Droht der Welt ein neuerlicher Kalter Krieg seitens der Supermächte USA und Russland??

Putin kündigt ein Aufrüsten an, und obwohl der damalige US-amerikanische Präsident Barack Obama 2009 ein Versprechen ablegte, sich für eine nuklearwaffenfreie Welt einzusetzen, scheint nun das Gegenteil der Fall zu sein. **Die USA rüsten zwar ihr Arsenal nicht auf, aber um. Eine neue Generation von steuerbaren, treffsicheren Raketen mit atomaren Sprengköpfen soll stationiert werden – auch in Europa!** Denn den Bestand der in Europa stationierten Atomwaffen zu verringern, steht seit der Krise in der Ukraine jedenfalls nicht zur Diskussion. Im pazifischen Raum führte Nordkorea inzwischen mehrere



Foto: Wiener Plattform Atomkraftfrei

Atomtests durch, trotz Sanktionen seitens der UNO.

Wenn wir über Nuklearwaffen sprechen, kommen wir um abgereichertes Uran 238 (Depleted Uranium, DU) nicht herum. DU-Munition ist ein panzerbrechendes, radioaktives und hochtoxisches Material. U-238 entsteht bei der Kernbrennstoffproduktion und kam militärisch zum Einsatz, was der Öffentlichkeit kaum bekannt ist, da es bewusst verschwiegen wurde, insbesondere ob seiner gesundheitsschädigenden Wirkung. Die Machthaber dieser Welt hinterließen mit DU ein hochtoxisches Erbe in all jenen Ländern, wo Depleted Uranium zum Einsatz kam, unter anderem in Bosnien und im Kosovo, im Irak und in Kuwait, in Pakistan und in Afghanistan.

Nicht nur für Kriegsveteranen ist die Gesundheitsschädigung verheerend, sondern auch für die Zivilbevölkerung. Überall wo Uranmunition zum Einsatz kam, finden sich beträchtli-

che Rückstände. Wenn nun beispielsweise Kinder in einem Gelände spielen, in dem Uranmunition eingeschlagen hat, sind sie Radioaktivität in hohen Dosen ausgesetzt, mit den nur allzu bekannten Krankheitsfolgen wie Leukämie und anderen Krebserkrankungen. Es wurde auch über eine erhöhte Zahl von Missbildungen bei Neugeborenen berichtet.

Im Dezember 2008 brachte die UNO-Vollversammlung einen Antrag auf Ächtung von Uranmunition ein. Das Ergebnis war beeindruckend: 141 Nationen forderten, die Herstellung, Verbreitung und Anwendung von Uranmunition und Uranwaffen künftig zu verbieten. Allerdings votierten die Atommächte Frankreich, Großbritannien, Israel und die USA dagegen; Russland enthielt sich der Stimme, und China blieb der Abstimmung fern.

Seit 20 Jahren existiert ein Vertrag, der weltweit Atomtests verbietet, doch wurde er von acht Atomstaaten nie ratifiziert. **Fortsetzung auf S. 2**

Fortsetzung von S. 1

Anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums dieser „Comprehensive Nuclear-Test-Ban

Treaty Organisation“ (CTBTO) fand in Wien im Juni letzten Jahres eine Tagung statt. Aber mit dem neuen Wind,

der aus den USA weht, ist eine Verwirklichung einer atomwaffenfreien Welt in weite Ferne gerückt.

Am Montag, 24. April 2017 von 10 bis 13 Uhr, Stephansplatz

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION AM TSCHERNOBYL-GEDENKTAG

an alle, denen folgende Forderung ein Anliegen ist:

NIE WIEDER TSCHERNOBYL! – Keine neuen Reaktoren rund um Österreich!

Tschernobyl und Fukushima zeigen es: Atomenergie ist tödlich! Dass der nächste Super-GAU kommt, ist sicher, unsicher ist nur, wann! Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien und dem verantwortungsvollen Umgang mit allen unseren Ressourcen!

Wenn es Ihnen/Dir möglich ist, kommen Sie vorbei, unterstützen Sie dieses wichtige Vorhaben, verschieben Sie Ihre Mittagspause, nehmen Sie Ihre Kinder mit, den Babysitter auch, KollegInnen, FreundInnen, Schwester, Bruder etc., jede/r ist willkommen, jede/r wird gebraucht!

Die Wiener Plattform Atomkraftfrei vor dem Bundeskanzleramt „Stopp Risikoreaktoren rund um Österreich!“

Im Gedenken an die Katastrophe von Fukushima versammelten sich etwa 40 AktivistInnen der Wiener Plattform Atomkraftfrei am 7.3.2017 vor dem Bundeskanzleramt, um die zum Ministerrat eintreffenden Regierungsmitglieder zu konkreten Maßnahmen gegen die Atomindustrie aufzufordern. Die Transparente, die grellgelben AKW-Plakattafeln, die von Trommelwirbel und Lärminstrumenten begleiteten Megaphon-Meldungen waren nicht zu übersehen und nicht zu überhören. Auf die gemeinsam gerufene Parole „Herr Bundeskanzler – wir fordern“ folgten dann Aufrufe wie: „Stopp Risikoreaktoren rund um Österreich!“ oder: „Umweltverträglichkeitsprüfungen für Dukovany und Mochovce!“ **Und schließlich die aktuellste Forderung: „Klage gegen die EU-Kommission“, denn sie hat gegen EU-Recht verstoßen,**



Foto: Wiener Plattform Atomkraftfrei

indem sie dem ungarischen Antrag auf die Subventionierung des Neubaus von Paks 2 stattgegeben hat.

Im Ö1-Mittagsjournal wurde von der Kundgebung berichtet. Die AktivistInnen haben gute Arbeit geleistet!

Die Wiener Plattform Atomkraftfrei bei Umweltminister Ruppreecher



Foto: BMLFUW

Am 20.3.2017 war eine Delegation der Wiener Plattform Atomkraftfrei im Umweltministerium, um Minister Ruppreecher 7000 Unterschriften besorgter BürgerInnen zu übergeben, und zwar zu den Themen: „Keine neuen Reaktoren an Österreichs Grenzen“ und „Österreich durch AKW-Neubau in Paks/Ungarn bedroht!“

Die Wiener Plattform Atomkraftfrei drängte auf die Bildung einer Allianz atomkraftfreier Staaten in der EU und auf Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Laufzeitverlängerungen, wobei sich die Regierung im Fall von Krško diesbezüglich bereits eingeschaltet hat mit einem Brief an die slowenische Regierung. Zu Mochovce 3 & 4 mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass es rechtlich keine Handhabe zur Wiederholung der Umweltverträglichkeitsprüfung gibt.

Blindenschule Lugansk: dringend benötigtes pädagogisches Material



Noch einmal bitten wir um finanzielle Unterstützung für die Blindenschule in der Kriegsregion Lugansk/Ukraine. Blindheit gehört zu den Krankheiten, die seit Beginn der Katastrophe von Tschernobyl vermehrt bei Kindern auftreten. Eines dieser Kinder ist Viktoria Malish. Sie leidet an einer Hypermetropie. Das Mädchen wächst in einer Familie auf, die mit einer extremen Lebenssituation umgehen muss und nicht imstande ist, der Entwicklung des Kindes genügend Aufmerksamkeit zu schenken. Ihre sprachliche und kognitive Entwicklung ist verzögert. Dadurch hat sie auch Kommunikationsschwierigkeiten mit den Lehrern und den Klassenkameraden. Um zu helfen, ihre Fähigkeiten zu erweitern, bräuchte es ganz dringend besonders strukturierte Dominosteine, die die Wahrnehmung und das logische Denken unterstützen. Ebenso eine Zeichentafel für Reliefbilder, die es erlaubt, dreidimensionale Bilder oder Zeichnungen auf dickem Papier anzufertigen.

**Schon kleine Dinge können Großes bewirken.
Helfen wir mit unserem Beitrag!**

Spendenkonto: BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985, Kennwort „Tschernobylkinder“

Die Katastrophe von Tschernobyl

Am 26. April 2017 vor einunddreißig Jahren ereignete sich die wahrscheinlich schwerste Katastrophe in einem AKW in Tschernobyl in der Ukraine. Ein Atomtest entgleiste, es kam zu einem Super-GAU, einer gewaltigen Reaktorexlosion, durch die nicht nur alle Städte und Dörfer der Umgebung radioaktiv verstrahlt wurden, sondern auch große Teile der damaligen Sowjetunion sowie ausgedehnte Gebiete Europas. Nach wie vor werden durch diese Atomkatastrophe viele Krankheiten verursacht, wie Krebs, aber auch

andere Schilddrüsenerkrankungen und schwere Infekte infolge von Immunschwäche.

Der havarierte Reaktorblock wurde durch einen provisorischen, mittlerweile löchrig gewordenen sogenannten „Sarkophag“ bedeckt. Mitte November 2016 wurde begonnen, die seit 2010 errichtete neue Schutzhülle auf Gleitschienen in Richtung des alten Sarkophags zu schieben. Ihren endgültigen Platz hat sie am 29. 11. 2016 eingenommen.

Die Haftung für Atomschäden muss Pflicht der AKW-Betreiber werden! Unterstützt diese äußerst wichtige Petition an das Europäische Parlament auf www.atomstopp.at/petition/!

Wenn Sie unseren Newsletter lesen wollen, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse bekanntzugeben.

Besuchen Sie uns auf unserer Website: www.atomkraftfreiezukunft.at

Um unsere Aktivitäten auch weiter mit gutem Erfolg fortsetzen zu können, ersuchen wir unsere Leserinnen und Leser um die Überweisung des Förderbeitrags von € 15.- für das Jahr 2017. Und wir freuen uns, wenn Ihnen unsere Zeitung gefällt und Sie uns als Zeichen Ihrer Wertschätzung eine Spende zukommen lassen!

Die Vervielfältigung und der Versand dieser Zeitungsausgabe werden unterstützt von der Wiener Umwelthanwaltschaft.

Forderungen der Wiener Plattform Atomkraftfrei an Herrn Bundeskanzler Kern bei einem Treffen im Bundeskanzleramt mit Herrn Mag. Schmidt

Sehr konstruktiv gestalteten sich die bisherigen Gespräche mit Mag. Michael Schmidt aus dem Kabinett des Bundeskanzlers.

Bei unserem Termin am 14. März wurde uns versichert, dass Bundeskanzler Christian Kern auf diplomatischem Weg vollen Einsatz gegen den Ausbau von Atomkraft in Europa zeigt, zum Beispiel in Gesprächen mit seinen ungarischen, tschechischen und slowakischen Amtskollegen. Es wurde uns weiters versichert, dass die Regierung in Bezug auf PAKS 2 – ähnlich wie bei Hinkley Point C – eine Klage auf Wettbewerbsverzerrung gegen die EU-Kommission beim EuGH einbringen wird. Unsere Forderung nach verpflichtenden UVPs auch bei Laufzeitverlängerungen

bereits bestehender Reaktoren wurde zur Kenntnis genommen. Bezüglich eines Ausstiegs Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag äußerte sich Mag. Schmidt skeptisch – EU-Mitgliedschaft sei mit dem EURATOM-Vertrag untrennbar verbunden. Von unseren Experten wissen wir aber, dass ein Ausstieg sehr wohl möglich wäre. Auf die Dringlichkeit einer Allianz der atomkraftfreien Länder innerhalb der EU, die die Chance auf einen Atomausstieg erhöhen soll, haben wir einmal mehr hingewiesen.

Schlussendlich wurde uns ganz unbürokratisch ein Nachfolgetermin angeboten, den wir gerne wahrnehmen wollen.

Jahresreport 2016

Unsere Kampagnen

- **Keine neuen Atom-Reaktoren in Temelín und Dukovany!**
- **Kein neuer Atom-Reaktor in Bohunice!**
- **Österreich durch AKW-Bau in Paks/Ungarn bedroht!**
- **Keine neuen Reaktoren an Österreichs Grenzen!**
- **Nein zu AKW-Neubauten und Laufzeitverlängerungen in Dukovany/Tschechien und Krško/Slowenien!**

Unsere Protestkundgebungen

- **10. 3.** Fünf Jahre Fukushima, Umweltministerium: „Keine neuen Reaktoren an Österreichs Grenzen!“
- **25. 4.** 20 Jahre Tschernobyl, Stock-im-Eisen-Platz: „Tschernobyl niemals vergessen!“
- **1. 5.** vor dem Rathaus: „Keine neuen Reaktoren an Österreichs Grenzen!“
- **6. 8.** Hiroshima-Gedenktag
Infotisch am Stephansplatz
- **26. 10.** Nationalfeiertag Michaelerplatz: „Keine neuen Reaktoren an Österreichs Grenzen!“

Unsere Projekte

- **„Donauregion Atomkraftfrei“:** Zusammenschluss von NGOs aus Donaustaaten
- **„Allianz der Regionen Atomkraftfrei“:** Zusammenschluss von österreichischen Bundesländern mit Entscheidungsträgern in Nachbarstaaten

Unsere Spendenaktionen

- Medizinische Behandlung für die herzkrankte Angelina Kononenko in Lugansk € 2.000.-
- Schulung für diabeteskranke Kinder und Jugendliche in Minsk € 2.000.-

Internationale Vernetzung

mit NGOs europaweit

Vernetzung mit unterstützenden Gruppen

österreichweit

Unterschriftensammlung

jeden Mittwoch von 11.30 – 15:30 Uhr in der Schottenpassage

Herausgabe der Zeitung

„Atomkraftfreie Zukunft“ viermal jährlich

Gewinnung von UnterstützerInnen

für unsere Kampagnen

Gespräche mit PolitikerInnen und deren BeamtInnen

- **8. 4.** Mag. Christoph Urbanek, nö. Landesregierung
- **13. 4.** Umweltminister Dipl.-Ing. Andrä Rupprechter; Übergabe von 5.000 Unterschriften
- **18. 4.** Landesrat Rudi Anschöber, oö. Landesregierung
- **13. 5.** Landesrätin Mag.^a Astrid Eisenkopf, bgl. Landesregierung
- **29. 8.** Bundeskanzleramt, Kabinettsmitglied Mag. Michael Schmidt
- **22. 9.** Landesrätin Mag.^a Ingrid Felipe, Tiroler Landesregierung
- **26. 9.** Andrea Paukovits vom Büro der Wiener Umweltstadträtin Mag.^a Ulli Sima

Konferenzen und Tagungen

- 26. 2.** Teilnahme an einem Workshop der International Nuclear Risk Assessment Group (INRAG)
- 5. 4.** Teilnahme an der „Nuclear Energy Conference“ in Prag
- 15. 4.** Teilnahme am Anti-Atom-Fachsymposium zum Thema Zivilschutz in St. Pölten
- 21. 4.** Teilnahme am Symposium „Nukleare Katastrophen und deren Folgen - 30 Jahre Tschernobyl und 5 Jahre Fukushima“ der Wiener Umwelthanwaltschaft
- 4. 6.** Teilnahme an der Feministischen Tischgesellschaft in Wien
- 26. 9.** Teilnahme am 7. Wiener Nuklearsymposium im Wiener Rathaus
- 22. 10.** Teilnahme an der Jahreskonferenz des Österreichischen Netzwerkes Atomkraftfrei in Linz
- 15. 12.** Teilnahme an Konferenz zum Thema „Atom-müll“ in Budapest